



# Landesparteirat der SPD Niedersachsen

## 28. November 2015 | Hannover

### *Anträge an den Landesparteirat*

\_Toc435519464

|    |   |    |
|----|---|----|
| 1. | OV Ilmenau – Wahlkreiseinteilung Landtagswahl.....  | 2  |
| 2. | OV OS Neustadt-Wüste – Gemeinsam gegen TTIP.....  | 2  |
| 3. | OV OS Neustadt-Wüste – Nachhaltige Give-Aways .....   | 3  |
| 4. | Jusos Landesverband - Verantwortung zeigen für eine emanzipatorische und regulative Cannabispolitik.....              | 4  |
| 5. | Jusos Landesverband - Für eine gerechte Steuerpolitik: Erbschaftsteuer stärken, Vermögensteuer wieder einführen!..... | 8  |
| 6. | Jusos Landesverband - Junge Menschen ernst nehmen, mehr Demokratie wagen – Wählen ab 16 bei Landtagswahlen .....      | 9  |
| 7. | Jusos Landesverband - Resolution - Schnelle und dauerhafte Integration von Geflüchteten ..                            | 10 |



## 1. OV Ilmenau – Wahlkreiseinteilung Landtagswahl

Der Landesvorstand der SPD wird aufgefordert darauf hinzuwirken, dass die Landesregierung bei der Einteilung der Wahlkreise für die kommende Landtagswahl eine Abtrennung einzelner Samtgemeinden des Landkreises Lüneburg aus der gemeinsamen Wahl mit dem Landkreis Lüneburg verhindert.

### **Zum Hintergrund/Begründung:**

Bereits bei der letzten Landtagswahl wurden die Bürgerinnen und Bürger der Samtgemeinde Ilmenau, die südlich an die Stadt Lüneburg grenzt (Entfernung zum Stadt-Zentrum 8 km), wahltechnisch dem Landkreis Uelzen (28 km) zugeschlagen. Für die kommende Landtagswahl steht die Idee im Raum, dass die Samtgemeinden Ilmenau und Amelinghausen gar mit dem Landkreis Soltau (Entfernung SG Ilmenau - Soltau: 55km!) abstimmen sollen.

Es ist eine Missachtung der Bevölkerung und Ihres alltäglich Umfeldes nicht mit ihrer eigenen Region abstimmen zu können! Es zeigt sich, dass die Abgeordneten des Landkreises Uelzen kein Interesse an der Samtgemeinde Ilmenau haben und sich hier auch nicht zuständig fühlen, da sie gar keinen Kontakt zu den Gremien des Landkreises Lüneburg pflegen. Eine Wahl in der die Samtgemeinden Amelinghausen und Ilmenau mit dem Landkreis Soltau abstimmen müssen, wird diese absurde Situation noch offensichtlicher machen und weiter zu Wählerverdruss und zu einer geringen Wahlbeteiligung führen.

Die Region Lüneburg ist eine der Wachstumsregionen in Niedersachsen und dem muss die Landesregierung bei der Einteilung der Wahlkreise dauerhaft Rechnung tragen. Stadt und Landkreis Lüneburg verfügen über genügend Bürgerinnen und Bürger, um (wie bereits in der Vergangenheit) zwei Wahlkreise ausweisen zu können. Wir empfehlen daher wieder zwei Wahlkreise um Landkreis Lüneburg einzuführen: 1. Lüneburg Stadt, 2. Lüneburg Land.

### **Empfehlung der Antragskommission:**

*Überweisung als Material an die SPD-Landtagsfraktion.*

---

## 2. OV OS Neustadt-Wüste – Gemeinsam gegen TTIP

Der Landesparteirat fordert den Landesverband auf, eine landesweite Initiative zu starten mit dem Ziel, dass sich die kommunalen Gebietskörperschaften in Niedersachsen jeweils gegen die Vereinbarungen von TTIP aussprechen, entsprechende Beschlüsse fassen und dabei auf die Gefahr hinweisen, wesentliche und für die Entwicklung der kommunalen Gemeinschaft elementare Steuerungselemente an private Anbieter, insbesondere an Großkonzerne, zu verlieren.

### **Begründung:**

Bei TTIP handelt es sich um ein Deregulierung-Abkommen, das auch weitreichende Auswirkungen auf

1 die kommunale Selbstbestimmung haben wird. Bei den Verhandlungen zwischen der EU und den  
2 USA um das Transnationale Investitions- und Freihandelsabkommen (TT IP) geht es nicht nur um  
3 Warenhandel, sondern in nicht geringem Umfang auch um den Handel mit Dienstleistungen. Dabei  
4 geht es nicht nur um Dienstleistungen, die von Privatpersonen oder Unternehmen erbracht und in  
5 Anspruch genommen werden, sondern auch um öffentliche Dienstleistungen. Für viele öffentliche  
6 Dienstleistungen sind in Deutschland die Kommunen zuständig. Sie erstellen diese entweder selbst  
7 oder geben ihre Erstellung bei privaten oder halböffentlichen Unternehmen in Auftrag. Dies  
8 bedeutet, dass auch Städte und Gemeinden von TT IP betroffen sein werden. Entsprechende  
9 Befürchtungen werden auch von offizieller Seite geteilt. Es wird verwiesen auf das gemeinsame  
10 Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und  
11 Deutscher Städte- und Gemeindebund sowie des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) vom  
12 1.10.2014, die Pressemitteilung des Deutschen Städtetages vom 12.2.2014, die Pressemitteilung des  
13 Bayerischen Städtetags vom 8.11.2013 sowie die Stellungnahme des Bundesverbandes öffentliche  
14 Dienstleistungen vom 5.6.2014.

15 Es muss verhindert werden, dass über dieses Abkommen zentrale und für die kommunalen  
16 Gemeinschaften außerordentlich bedeutsame Vorsorgeeinrichtungen und Dienstleistungen  
17 privatisiert werden und somit den demokratischen Organen auf kommunaler Ebene entzogen  
18 werden. Derartige Entwicklungen würden zu einer weiteren gravierenden Entsolidarisierung der  
19 Gesellschaft führen. In den kommunalen Gliederungen unserer Partei soll daher daraufhin gewirkt  
20 werden, dass die Ablehnung von TT IP auch auf kommunaler Ebene deutlich und politisch wirksam  
21 wird.

## 22 ***Empfehlung der Antragskommission:***

23 *Erledigt durch Beschlussfassung des Landesparteirates vom 19.07.2014.*

---

## 24 **3. OV OS Neustadt-Wüste – Nachhaltige Give-Aways**

25 Der Landesverband wird aufgefordert, mit Blick auf die Kommunalwahl 2016 und die  
26 darauffolgenden Wahlen die Verwendung von Wahlkampfmaterialien, die nach dem Leitbild der  
27 Nachhaltigen Produktion produziert wurden, zu prüfen.

### 28 **Begründung:**

29 Auf der einen Seite fordern wir als Partei sozialverträgliche Löhne und weisen immer auf einem  
30 nachhaltige Produktion hin. Auf der anderen Seite verschenken wir im Wahlkampf Materialien, bei  
31 denen u.a. der Produktionsstandort nur schwer zu ermitteln ist. Sowa kratzt ganz besonders an der  
32 Glaubwürdigkeit.

33 Nachhaltig bedeutet somit, dass bei der Produktion der Give-Aways gewisse Standards eingehalten  
34 worden sind. Dazu gehört ein fester Mindestpreis, der die Kosten einer nachhaltigen Produktion  
35 deckt, insbesondere die eines fairen Lohnes, die Einhaltung von Umweltstandards (keine Schadstoffe,



1 Chemikalien etc.), selbstverständlich das Verbot von Zwangsarbeit und ausbeuterischer Kinderarbeit,  
2 und ein Diskriminierungsverbot.

3 Mit dem Einsetzen von nachhaltigen Give-aways setzen wir auch ein Zeichen gegen die  
4 Wegwerfgesellschaft. Denn was passiert mit den meisten Give- Aways im Wahlkampf? Die meisten  
5 Give-Aways werden nach kurzer Zeit weggeschmissen. Da die meisten Verteilartikel aus Plastik sind,  
6 schaden sie der Umwelt ganz besonders.

7 Wir leben im Jahre 2015 und da sollte es selbstverständlich sein auch im Wahlkampf auf gewisse  
8 Standards und die eigenen Prinzipien zu achten und nicht um jeden Preis die Gunst des potentiellen  
9 Wählers zu erlangen.

10 ***Empfehlung der Antragskommission:***

11 *Annahme.*

---

12 **4. Jusos Landesverband - Verantwortung zeigen für eine emanzipatorische**  
13 **und regulative Cannabispolitik**

14 **Analyse**

15 Hanf ist eine in Deutschland streng regulierte Pflanze, die unter hohe Auflagen gestellt wird.  
16 Ebenfalls sind alle Produkte, die man aus dieser Pflanze gewinnen kann, entweder verboten oder nur  
17 unter außerordentlichen Bedingungen zugelassen. Dabei wird die tausendjährige Geschichte dieser  
18 Kulturpflanze außer Acht gelassen. Hanf diente damals als Rohstoff, um natürliche Fasern zur Seil-,  
19 Segel- und Kleidungsproduktion herzustellen. Darüber hinaus wurde der Wirkstoff dieser Pflanze,  
20 auch bekannt als Cannabis, in der Apotheke zur Beruhigung und Schmerzlinderung verkauft. Im Zuge  
21 der Drogenprohibition erhielt diese Pflanze einen Illegalitätsstatus, der in einem UN-Vertrag  
22 festgeschrieben ist. Die direkten Folgen dieses UN-Vertrags äußern sich bis heute in einem  
23 unkontrollierten Drogen-Schwarzmarkt und einer repressiven Verfolgung aller, die mit Drogen in  
24 Berührung geraten. D.h., dass selbst GelegenheitskonsumentInnen und Suchtkranke von  
25 Strafanträgen der Justiz betroffen sind, die sich negativ auf ihr Leben auswirken. Ein weiterer Effekt  
26 des Schwarzmarkts ist, dass die KonsumentInnen mit verunreinigten Drogen in Kontakt kommen und  
27 ein Wirkstoffgehalt der Drogen nicht zu begrenzen ist. Im Ergebnis wird der Gesundheit der  
28 KonsumentInnen deutlich mehr geschädigt, als durch die reine Droge selbst. Zusätzlich geraten  
29 KonsumentInnen weicher Drogen, wie z.B. Cannabis, auf dem Schwarzmarkt in Kontakt mit harten  
30 Drogen - wie Heroin oder Koks.

31 **Cannabis ist Teil der Gesellschaft**

32 Cannabis ist ein fester Bestandteil der Gesellschaft. Oft werden 'KifferInnen' immer noch als eine  
33 gesellschaftliche Randgruppe dargestellt, die sie aufgrund einer KonsumentInnenzahl von ca. 8 Mio.  
34 Menschen nicht sein kann. Man darf nicht verkennen, dass das Drogenproblem ein



1 gesamtgesellschaftliches Problem ist. Es werden nämlich unzählige Steuergelder für die  
2 Strafverfolgung der KonsumentInnen als auch für die medizinische Versorgung der Suchtkranken und  
3 Opfern von gestreckten Drogen ausgegeben.

#### 4 **Hanf ist ein nachwachsender Rohstoff**

5 Hanf besitzt ein ungeahntes Potential und kann auf vielfältige Art und Weise eingesetzt werden. Hanf  
6 ist nicht nur eine Droge, die konsumiert werden kann. Sie ist vielmehr eine Nutz- und Heilpflanze, die  
7 weitaus mehr ist, als eine Droge. Hanffasern zählen zu den resistentesten Fasern, die mensch in der  
8 Natur finden kann. Daneben besitzt diese Pflanze die Möglichkeit mit ihren tiefen Wurzeln,  
9 mineralarme Böden wieder mit Nährstoffen zu versorgen und könnte damit einen wichtigen Beitrag  
10 in der Landwirtschaft leisten.

#### 11 **Ein Alternativer Umgang ist möglich**

12 Das Beispiel Portugal zeigt uns, dass ein alternativer Umgang mit suchtkranken Menschen möglich  
13 ist. In Portugal wurden Drogen entkriminalisiert und der Besitz bis zu einer gewissen Menge gelten  
14 als vollkommen straffrei. Sollte jemand negativ auffallen, so wird er vor ein Komitee gestellt, das aus  
15 SozialarbeiterInnen, MedizinerInnen, SuchtexpertInnen und JuristInnen besteht. Anhand dieses  
16 Komitees wird die bestmögliche Beratung und das weitere Verfahren – passend auf den einzelnen  
17 Fall zugeschnitten – gewährleistet. Die Entwicklung zeigt, dass die KonsumentInnenzahl durch die  
18 Entkriminalisierung nicht weiter angestiegen ist – Sie verzeichnet eher einen leichten Abwärtstrend.

#### 19 **Cannabis in Deutschland**

20 In Deutschland gibt es die Regelung der 'Geringen Menge'. Die Grenze dieser kann jedes Bundesland  
21 selbst festlegen. Sollte einE KonsumentIn einen Drogenbesitz unterhalb dieser Grenze besitzen, so  
22 kann die Strafanzeige eingestellt werden. Die Praktik zeigt jedoch, dass der/die PolizistIn in jedem  
23 Fall dazu verpflichtet ist, Strafanzeige zu stellen. Auch wenn das Verfahren später eingestellt wird, so  
24 ist das nicht mit einem Freispruch gleichzusetzen. Dieser Umstand kann sich in späteren Verfahren  
25 oder einer Jobsuche negativ auswirken. Beispielsweise kann der Erwerb eines Führerscheins  
26 verweigert werden.

#### 27 **Cannabis, die verteufelte Droge**

28 Bereits 1994 widerlegte der BGH (Bundesgerichtshof) in einem Urteil die Einstiegsdrogenthese.  
29 Selbst die BZgA (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung) widerspricht der Annahme, dass  
30 Cannabis zwangsweise zum Gebrauch von härteren Drogen führt. Dies ist einzig dem Umstand  
31 geschuldet, dass man durch den Schwarzmarkt – während der Beschaffung – mit anderen Drogen in  
32 Kontakt gerät. Zudem ist wissenschaftlich bewiesen, dass eine Überdosierung durch Cannabis  
33 faktisch nicht möglich ist. Dabei sind ausschließlich die Inhalts- und Wirkstoffe von Cannabis gemeint.  
34 Somit gibt es keinen registrierten Cannabistoten. Dass die Verbrennungsprodukte bei der  
35 Konsumform des Rauchens schädlich sind, ist eine logische Schlussfolgerung. Es gibt weitere  
36 Konsumformen, die absolut unschädlich sind, wie z.B. das vaporisieren, das die Cannabisblüten  
37 lediglich verdampft und eben nicht verbrennt. Darüber hinaus ist die hohe Abhängigkeitsrate dem  
38 Mischkonsum mit Tabak geschuldet und kann nicht auf reines Cannabis zurückgeführt werden.

## 1 Deshalb fordern die Jusos Niedersachsen

### 2 1. Forschung zu medizinischen Zwecken und Einsatz als Medizin

3 Aufgrund des medizinischen Potentials der Hanf-Pflanze erachten wir es als sinnvoll, diese Pflanze zu  
4 Forschungszwecken vorbehaltlos zuzulassen. Gerade im Bereich der Schmerztherapie könnte  
5 Cannabis einen enormen Beitrag leisten. Dabei wirkt das Cannabidiol (CBD), das ein schwach  
6 psychoaktives Cannabinoid der Cannabis-Pflanze ist, in erster Linie schmerz- und krampflindernd und  
7 wird heute schon in der Krebstherapie, aber auch bei Parkinson oder Tourette eingesetzt. Man kann  
8 in den USA beobachten, dass diese Pflanze längst als Medizin zugelassen ist und anderen Menschen  
9 ein lebenswertes Leben ermöglicht. Durch die Verwendung dieser natürlichen Produkte kann oftmals  
10 auf chemische Arzneimittel, die mit erheblichen Nebenwirkungen verbunden sind, weitestgehend  
11 verzichtet werden.

12 Durch eine staatliche Kontrolle von medizinischem Cannabis kann vielen Menschen in Deutschland  
13 geholfen werden, die zuweilen keinen Rat mehr in ihrer medizinischen Behandlung wissen. Hierbei  
14 möchten wir garantieren, dass der Zugang zu medizinischem Cannabis allen PatientInnen ermöglicht  
15 wird, bei denen es nach ärztlichem Ermessen als sinnvoll erscheint und dem individuellen  
16 PatientInnenwunsch entspricht. Die Ausgabe mittels der ÄrztInnen soll dabei rechtssicher erfolgen  
17 können und gleichzeitig staatlich kontrolliert werden, so dass sich an dieser Stelle kein  
18 Missbrauchspotential entfaltet.

### 19 2. Regulierung der Droge Cannabis

20 Wir fordern die Einrichtung staatlicher Abgabestellen, die einen effektiven Jugend- und  
21 VerbraucherInnenschutz gewährleisten können sowie ein kritisches Konsummuster vorbeugen.  
22 Hiermit soll ein bewussterer und risikoärmerer Konsum ermöglicht werden. Dabei hat die staatliche  
23 Abgabestelle für eine Qualitätskontrolle der Droge Cannabis zu sorgen und Auskunft über  
24 Wirkstoffgehalt und -verhalten zu geben, da durch die aktuellen Verhältnisse eine wirksame  
25 Kontrolle gar nicht erst möglich ist. Die KonsumentInnen können dadurch vor verunreinigtem  
26 Material geschützt und über das jeweilige Cannabis-Produkt ausreichend informiert werden.  
27 Zusätzlich lassen sich durch eine staatliche Regulierung einerseits Steuergelder sparen, die für die  
28 repressive Strafverfolgung aufgewendet werden müssen, und auf der anderen Seite werden Gerichte  
29 und Strafverfolgungsbehörden von unnötigen Verfahren entlastet. Zusätzlich werden die  
30 Gesundheitskosten massiv gesenkt, da die KonsumentInnen kein gestrecktes Cannabis konsumieren,  
31 das beispielsweise mit Blei, Haarspray oder Zuckerwasser versetzt wurde. Darüber hinaus besteht die  
32 Möglichkeit, auf Cannabisprodukte Steuern zu erheben, um staatliche Mehreinnahmen zu  
33 generieren. Die Höhe der Steuern sollte sich jedoch in einem gewissen Rahmen bewegen, so dass das  
34 Angebot des Schwarzmarkts nicht wieder an Attraktivität gewinnt.

35 Es sollte ebenfalls kommerziellen ProduzentInnen erlaubt sein, unter strengen Auflagen und  
36 unangemeldeten Kontrollen Abgabestellen einzurichten. Besonders Menschen, die viel Erfahrung in  
37 diesem Gebiet besitzen und bestens über die Bedürfnisse der KonsumentInnen Bescheid wissen,  
38 sollten bevorzugt als kommerzielle ProduzentInnen berücksichtigt werden. Darüber hinaus wird es  
39 ermöglicht, unzählige neue Arbeitsplätze entstehen zu lassen, die die Wirtschaftsleistung beleben  
40 würden. Dabei ist jedoch darauf zu achten, dass eine staatliche Kontrolle von der Produktion bis zur

1 Veräußerung an die KonsumentInnen einzuhalten ist. Kommerzielle ProduzentInnen sollten sich  
2 jedoch registrieren müssen, und zwar nicht nur zum Zwecke der Qualitätskontrolle, sondern auch um  
3 eine Umlenkung der Produktion für den illegalen Gebrauch zu verhindern und den Nachweis  
4 legitimer Produktion gegenüber exekutiven Behörden zu ermöglichen. Sollte ein Missbrauch durch  
5 staatlicher Seite festgestellt werden, so ist der Staat im Stande, seine vergebene Verkaufslizenz  
6 wieder zu entziehen.

### 7 **3. Therapie und Aufklärung anstatt Repression**

8 Die Bundesrepublik Deutschland verwendet zwei Drittel aller öffentlichen Gelder, die zur  
9 Eindämmung des Drogenproblems verfügbar sind, für repressive Maßnahmen. Daran wird der  
10 Schwerpunkt Deutschlands erkenntlich. Wir fordern daher, dass die Droge reguliert wird und somit  
11 die Gelder für repressive Maßnahmen in die Bereiche der Aufklärung und Therapie fließen. Die  
12 Erfahrung hat gezeigt, dass Verbote kontraproduktiv sind und genau das Gegenteil bewirken.  
13 Deswegen erachten wir eine vollumfassende Aufklärung und die Beseitigung von Dogmen und  
14 stereotypischen Ansichten als sinnvoll. Eine Grundüberzeugung der Jusos ist eine aufgeklärte Welt, in  
15 der Menschen reflektiert über ihr Tun entscheiden. Dieses ist jedoch erst dann möglich, wenn wir die  
16 oben genannte Forderung verwirklichen. Zudem wollen wir das Therapiesystem ausbauen und  
17 stärken. Denn nur ein finanziell solides Therapiesystem ist im Stande, effektiv und nachhaltig  
18 suchtkranken Menschen zu helfen und ihr kritisches Konsummuster einzudämmen. Darüber hinaus  
19 besteht die Möglichkeit, die eingenommenen Steuern durch den Verkauf von Cannabisprodukten  
20 ebenfalls für Therapie- und Aufklärungsangebote zu verwenden.

### 21 **4. Eigenproduktion in gewissen Grenzen erlauben**

22 Wir fordern, dass die Eigenproduktion für den Eigenbedarf der Droge Cannabis in gewissen Grenzen  
23 erlaubt werden sollte. Gerade Menschen, die auf diese Droge als Medizin angewiesen sind, erhalten  
24 durch die Eigenproduktion die Möglichkeit, ihr Arzneimittel kostengünstig herzustellen. Momentan  
25 ist es so, dass Cannabis-PatientInnen, die überhaupt eine Lizenz erhalten konnten, meistens nicht  
26 genug Geld haben, um sich die teuren Cannabis-Produkte aus der Apotheke zu leisten. Aus diesem  
27 Grund ist es nicht nachzuvollziehen, wieso es Menschen verwehrt wird, Cannabis anzubauen, so  
28 lange es in einem gewissen Rahmen passiert und der Jugendschutz eingehalten wird.

### 29 **5. Keine Diskriminierung von Cannabis-KonsumentInnen im Straßenverkehr**

30 Die Jusos Niedersachsen empfinden es als notwendig, eine allgemeingültige Regelung für Cannabis  
31 im Straßenverkehr zu finden. Für Alkohol gibt es bereits Grenzwerte, die entscheiden, in welchem  
32 Rahmen das sichere Führen eines Kfz noch möglich ist. Wir fordern eine vergleichbare Regelung, um  
33 die Diskriminierung der KonsumentInnen zu stoppen. Bekanntermaßen endet der Rausch von  
34 Cannabis nach einigen Stunden. Der Wirkstoff kann jedoch bei regelmäßigem Konsum bis zu einem  
35 Monat im Blut nachgewiesen werden, d.h. auch dann, wenn der/die KonsumentIn sich im  
36 Straßenverkehr bewegt und dabei gar keinem Rauschzustand ausgesetzt ist. Daher erachten wir es  
37 als sinnvoll, einen Grenzwert festzulegen, der den THC-Gehalt in mg/L im Plasma misst. Dabei gilt es  
38 zu ermitteln, ab welchem Grenzwert der/die KonsumentIn eindeutig unfähig ist, ein Kfz sicher zu  
39 führen. Dieser Wert sollte als obere Grenze eingesetzt werden. In der Vergangenheit wurden



- 1 KonsumentInnen der Führerschein entzogen, obwohl sie ein Kfz mit klarem Verstand geführt haben.  
2 Diese Ungerechtigkeit wollen wir zukünftig verhindern.

3 **6. Die SPD in die Pflicht nehmen**

4 Die Jusos Niedersachsen fordern die SPD auf, sich auf allen Ebenen für die hier genannten  
5 Forderungen einzusetzen. Eine entsprechende Initiative soll in die Koalition und den Landtag sowie  
6 Bundesrat eingebracht werden. Wir solidarisieren uns ausdrücklich mit dem „Bremer-Modell“, das im  
7 rot-grünen Koalitionsvertrag in Bremen formuliert wurde, und verpflichten die niedersächsische SPD  
8 dieses auf weitere Bundesländer auszudehnen – bis es zu einer bundesgesetzlichen Regelungen  
9 kommt.

10 ***Empfehlung der Antragskommission:***

11 *Überweisung an eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines Antrages zum Landesparteitag 2016. Der*  
12 *Arbeitsgruppe sollen Vertreter\_innen von Jusos, ASG, ASJ, SPD-Landtagsfraktion und SPD-*  
13 *Landesvorstand angehören.*

---

14 **5. Jusos Landesverband - Für eine gerechte Steuerpolitik: Erbschaftsteuer**  
15 **stärken, Vermögensteuer wieder einführen!**

16 Der SPD Landesparteirat möge beschließen, dass die SPD in Niedersachsen verstärkt in die Zukunft  
17 investiert und dauerhaft die Schuldenbremse einhalten kann. Dementsprechend ergeben sich  
18 folgende Forderungen:

- 19 - Die Vermögensteuer soll verfassungskonform wieder eingeführt werden. Die SPD  
20 Landesregierung soll wie im Koalitionsvertrag in Niedersachsen vereinbart, schnellstmöglich  
21 eine Bundesratsinitiative vorbereiten und vorantreiben.  
22 - Die Erbschaftsteuer soll unter Neuregelung der Verschonungsregeln dauerhaft als  
23 Landessteuer stärken.  
24 - Die Einnahmen aus diesen Steuern deutlich zu erhöhen.

25 **Begründung:**

26 Im rot-grünen Koalitionsvertrag in Niedersachsen fordern SPD und Grüne unter der Überschrift  
27 "Steuergerechtigkeit herstellen" sowohl die steuerliche Stärkung der Einnahmeseite, als auch eine  
28 verfassungsfeste und im Aufkommen erhöhte Erbschaftsteuer sowie eine Bundesratsinitiative zur  
29 Wiedereinführung der Vermögensteuer. Der fortgesetzte Verfall der öffentlichen Infrastruktur wird  
30 immense Kosten kommenden Generationen aufbürden. Die Länder müssen daher gerade aus  
31 Gründen der Generationengerechtigkeit in die Lage versetzt werden, verstärkt in die Zukunft zu  
32 investieren und dauerhaft die Schuldenbremse einhalten zu können. Leider sind durch  
33 unzureichendes gesetzgeberisches Handeln von Bund und Ländern sowie durch Entscheidungen des  
34 Bundesverfassungsgerichts zwei wichtige Landessteuern unter massiven Druck geraten. Nachdem im





1 Jahr 1995 die Vermögensteuer in der bis dahin geltenden Fassung vom Bundesverfassungsgericht  
2 beanstandet wurde, hat das höchste deutsche Gericht im vergangenen Dezember die  
3 Erbschaftsteuer bereits zum zweiten Mal für verfassungswidrig erklärt, da die Verschonungsregeln  
4 bei Betriebsvermögen dem Gleichbehandlungsgrundsatz widersprechen.

5 Es gibt große Unterschiede in der Einkommens- und Vermögensverteilung in diesem Land. Auf Dauer  
6 kann es für den sozialen Frieden in diesem Land nicht gut sein, wenn beispielsweise 10% der  
7 Bevölkerung mehr als 60% des Vermögens in diesem Land besitzen, während ca. 30 % der  
8 Bevölkerung negatives Vermögen - Schulden - haben.

9 Die Erbschaftsteuerreform und die Wiedereinführung der Vermögensteuer ist für das Land  
10 Niedersachsen aber nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Verteilungsgerechtigkeit sehr wichtig,  
11 sondern auch unter dem Aspekt der Haushaltskonsolidierung. Erbschaftsteuer und Vermögensteuer  
12 sind reine Ländersteuern, somit fließt der Ertrag dieser ausschließlich unserem Landeshaushalt zu.

13 **Empfehlung der Antragskommission:**

14 *Überweisung an den Landesparteitag 2016.*

---

## 15 **6. Jusos Landesverband - Junge Menschen ernst nehmen, mehr Demokratie** 16 **wagen – Wählen ab 16 bei Landtagswahlen**

17 Der Landesparteirat der SPD Niedersachsen möge beschließen:

18 Die SPD Niedersachsen bekennt sich mit Nachdruck zum Ziel der rot-grünen Koalition das  
19 Mindestalter für das aktive Wahlrecht bei Landtagswahlen auf 16 Jahre abzusenken. Ferner begrüßt  
20 die SPD das Bündnis aus verschiedenen niedersächsischen Jugendverbänden, das sich ebenfalls für  
21 Landtagswahlen ab 16 einsetzt.

22 **Begründung:**

23 Die Herabsetzung des Mindestalters für Ausübung des aktiven Wahlrechts bei Landtagswahlen von  
24 18 auf 16 Jahre ist sowohl Bestandteil des Regierungsprogramms von 2012/13 als auch des rot-  
25 grünen Koalitionsvertrages von 2013. Angesichts der Entwicklungen in anderen SPD-  
26 Landesverbänden und der nach wie vor nicht erkennbaren nötigen Mehrheit im Landtag ist es ein  
27 wichtiges Signal, dass sich die SPD Niedersachsen erneut zu diesem Ziel bekennt.

28 Eine Landtagswahl ab 16 wäre ein Signal an junge Menschen, dass man sie, ihre Probleme und ihre  
29 Meinungen ernst nimmt. 16- und 17-jährige müssen heute bereits alleine wichtige Entscheidungen  
30 bspw. in bei ihrer Ausbildung treffen. Bei Kommunalwahlen sowie bei Landtagswahlen in  
31 Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein gilt bereits ein aktives Wahlrecht ab 16  
32 Jahren. Niedersachsen war mit seiner SPD-Regierung 1996 das erste Bundesland, dass die



1 Kommunalwahlen für 16- und 17-Jährige öffnete. Es ist an der Zeit diese Tradition fortzusetzen und  
2 den nächsten Schritt für mehr Demokratie zu gehen.

3 **Empfehlung der Antragskommission:**

4 *Annahme.*

---

## 5 **7. Jusos Landesverband - Resolution - Schnelle und dauerhafte Integration** 6 **von Geflüchteten**

7 Immer mehr Menschen kommen nach Deutschland, um hier Schutz zu suchen und sich ein neues  
8 Leben aufzubauen. Es ist unsere Aufgabe, diesen Menschen die Chance zu geben ein Teil der  
9 Gesellschaft zu werden. Ehrenamtliche HelferInnen werden überlastet, weil nicht ausreichend  
10 Ressourcen geschaffen werden, um diesen HelferInnen unter die Arme zu greifen. Als eine  
11 Gesellschaft mit demographischen Herausforderungen können wir vom Zuwachs der letzten Monate  
12 und noch kommenden Monaten nur profitieren. Es darf nicht bei einer Willkommenskultur bleiben,  
13 sondern es müssen Perspektiven geschaffen werden, die die Geflüchteten integrieren. Gerade  
14 Asylsuchende, die schon den Bleibestatus errungen haben, sollten schnellst möglich in die  
15 Gesellschaft integriert werden.

16 Es darf nicht bei der Aufnahme belassen werden, sondern die Geflüchteten benötigen eine  
17 Förderung durch gezielte Programme, um ihnen eine Zukunft in Deutschland zu ermöglichen. Auch  
18 Geflüchtete, die noch auf Asyl warten, müssen an die Hand genommen werden. Sprachkurse sollten  
19 auch für diejenigen zugänglich sein, deren Bleiberecht noch unsicher ist.

### 20 **Wir wollen eine neue Willkommenskultur für Flüchtlinge!**

21 Hierzu gehört für uns neben der Änderung im Umgang mit Geflüchteten auch die Einrichtung so  
22 genannter „Willkommenseminare“ auf denen den Geflüchteten und Asylsuchenden die  
23 notwendigen Grundlagen für ein kurzes oder auch längeres Leben in Deutschland vermittelt werden.  
24 Zu einer neuen Willkommenskultur gehört für uns neben „Willkommenseminaren“ aber auch der  
25 Abbau von bürokratischen Abläufen bei der Erstaufnahme in einer Landesaufnahmestelle und bei  
26 der weiteren Bearbeitung des Asylantrages. Wir müssen die speziellen Umstände von Flüchtlingen  
27 und Asylsuchenden akzeptieren und respektieren. Hierzu gehört auch eine Entschlackung im  
28 bürokratischen Ablauf des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF).



1 **Wir müssen bei der Integration weiter denken als bis zum Sprachkurs!**

2 Neben Sprachkursen, die immer den Grundstein für eine gelungene Integration bilden, stellt die  
3 Einführung in den Arbeitsmarkt eine wichtige Perspektive für die Integration von Menschen dar. In  
4 vielen Kommunen schaffen es örtliche Initiativen, Sportvereine und andere Vereine den Geflüchteten  
5 einen Anlaufpunkt zu bieten. Zugänge zum Arbeitsmarkt müssen vereinfacht werden und Initiativen  
6 zur Beschäftigung, Ausbildung und Qualifizierung von Geflüchteten gebildet und unterstützt werden.

7 Die eigenen vier Wände sind für Menschen aus unserer Sicht genauso wichtig wie die Möglichkeit  
8 sich durch Arbeit ein eigenständiges Leben zu ermöglichen. Nichts anderes wünschen sich auch diese  
9 Menschen. Wir müssen daher politisch für ausreichend Wohnraum auch über Flüchtlingsunterkünfte  
10 hinaus sorgen und ein umfangreiches Wohnungsprogramm vorantreiben. Menschen, die privat  
11 bereit sind, in Wohngemeinschaften oder zu Hause geflüchtete Menschen aufzunehmen, sollten bei  
12 der Erfüllung bürokratischer Bedingungen vollumfänglich unterstützt werden.

13 Die meisten der hier ankommenden Menschen haben in ihren Heimatländern – aber auch auf ihrem  
14 Weg nach Deutschland – traumatisierende Dinge erlebt. Wir erkennen die Notwendigkeit an  
15 ausreichend psychologische Hilfe bereitzustellen. Psychische Krankheiten werden in unserer  
16 Gesellschaft immer noch stigmatisiert und die Wartezeiten für eine entsprechende Behandlung sind  
17 oft sehr lang. Wir wollen die Wartezeiten für alle Menschen verkürzen und uns für mehr  
18 gesellschaftliche Anerkennung einsetzen.

19 Wir wollen eine Gesellschaft in der Geflüchtete vom ersten Moment an integriert werden. Viele gute  
20 Initiativen laufen bereits: Sprachkurse, Begleitung bei Behördengänge und Freizeitgestaltung.

21 Der Landesparteirat spricht sich dafür aus, Geflüchteten schnellstmöglich und angemessen zu  
22 integrieren – vom Sprachkurs über die eigene Wohnung bis zum ersten eigenen Job. In kurzen  
23 Punkten:

- 24 - Kommunen müssen entlastet werden
- 25 - Die Anerkennung beruflicher und schulischer Qualifikationen der Geflüchteten muss  
26 gewährleistet werden
- 27 - "Willkommensseminare"
- 28 - Stärkung von Vereinen und Verbänden um Flüchtlinge zu integrieren
- 29 - schulpflichtige Kinder und Jugendliche müssen beim Schulbesuch unterstützt. Dazu müssen  
30 LehrerInnen und alle die in der Schule geflüchtete Kinder und Jugendliche betreuen zusätzlich  
31 geschult werden. Deutsch als zweite Fremdsprache aber auch für Analphabeten muss  
32 Berücksichtigung finden. Die besonderen traumatischen Erfahrungen der SchülerInnen sind bei  
33 diesen Schulungen mitzudenken.
- 34 - Unabhängige Praktika zur Orientierung müsse angeboten werden
- 35 - Intensive Sprachkurse sofort nach der Ankunft



- 1 - Unabhängiger rechtlicher Beistand im Asylverfahren
- 2 - Hilfe bei der Wohnungs- und Jobsuche
- 3 - Bürokratie rationalisieren. Unnötige Sperrklauseln aufheben, die das Asylverfahren und die
- 4 Integration unnötig verlängern oder aufhalten.
- 5 - Ausreichende psychologische Versorgung der Geflüchteten
- 6 Die SPD Niedersachsen steht für eine umfassende Willkommenskultur vom Tag der Ankunft bis zum
- 7 Start eines vollkommen eigenständigen Lebens und darüber hinaus.

8 ***Empfehlung der Antragskommission:***

- 9 *Beschlussvorschlag in geänderter Form wird dem Landesparteirat von der Antragskommission*
- 10 *vorgelegt.*
-